



Katja Lauterbach  
Ausschussvorsitzende

Bruchköbel, 05.06.2024

#### Niederschrift

Gremium	Haupt - und Finanzausschuss
Sitzungsnummer	3/204
Datum	Dienstag, den 28.05.2024
Sitzungsdauer	19:30 Uhr bis 21:01 Uhr
Ort	Stadthaus, Stadtverordnetensaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel, 2. OG (Zimmer 218)

#### Teilnehmer:

Ausschussvorsitzende Lauterbach, Katja (FDP)  
Ausschussmitglied Baier, Patrick (BBB)  
Ausschussmitglied Hillmann, Matthias (CDU)  
Ausschussmitglied Jüngling, Werner (FDP)  
Ausschussmitglied Köhler, Cieran (GRÜNE) in Vertretung für Frau Förster-Helm  
Ausschussmitglied Ochs, Reiner (CDU) in Vertretung für Herrn Sliwka  
Ausschussmitglied Pauly, Monika (SPD)  
Ausschussmitglied Ringel, Uwe (GRÜNE)  
Ausschussmitglied Dr. Wingefeld, Volker (FDP)  
Ausschussmitglied Woschek, Patrik (SPD) in Vertretung für Frau Lind  
Ausschussmitglied Zoher, Christian (CDU)

#### Magistrat:

Bürgermeisterin Braun, Sylvia (FDP)  
Erster Stadtrat Blum, Oliver (GRÜNE)  
Stadträtin Cammerzell, Ingrid (CDU)  
Stadtrat Keim, Reiner (CDU)  
Stadtrat Rodi, Philipp (FDP)  
Stadtrat Roth, H. Michael (BBB)  
Stadtrat Schäfer, Jürgen (FDP)  
Stadtrat Schafranka, Andreas (GRÜNE)  
Stadtrat Viehmann, Norbert (SPD)

#### Stadtverordnetenversammlung:

Stadtverordnetenvorsteher Rötzer, Guido (CDU)  
Stadtverordnete Blum, Silke (GRÜNE)  
Stadtverordneter Linek, Klaus (GRÜNE)  
Stadtverordnete Schulze, Christina (SPD)  
Stadtverordneter Villnow, Andreas (FDP)  
Stadtverordnete Zorbach, Stefanie (BBB)

#### Schriftführer:

Schriftführer Jost, Florian

#### **Tagesordnung**

1. Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 27.02.2024
2. Gründung des „Dienstleistungskompetenzzentrums im Main-Kinzig-Kreis (DS-33/2024) AöR“ (DKZ AöR)

## Protokoll, öffentliche Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Lauterbach eröffnet die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 11 anwesenden Ausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

1.	Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 27.02.2024
----	---

Gegen die Richtigkeit der Niederschrift vom 27.02.2024 haben sich keine Einwendungen ergeben, sie gilt daher als genehmigt.

TOP 2.	DS-33/2024	Gründung des „Dienstleistungskompetenzzentrums im Main-Kinzig-Kreis AöR“ (DKZ AöR)
--------	------------	--

Die Ausschussvorsitzende Lauterbach übergibt das Wort an Bürgermeisterin Braun. Diese erläutert anhand einer Präsentation die Entwicklung und die Gründe für die Gründung eines Dienstleistungskompetenzzentrums im Main-Kinzig-Kreis. Im Anschluss an die Präsentation und den Ausführungen der Bürgermeisterin entstand eine rege Diskussion zwischen den Ausschussmitgliedern Ringel, Dr. Wingefeld, Bürgermeisterin Braun, Stadtverordnete Zorbach sowie den Ausschussmitgliedern Woschek, Ochs und Zoher. Im Fokus dieser Diskussion stand Absatz 4 der Beschlussvorlage. Abschließend weist Bürgermeisterin Braun darauf hin, dass dem AöR ausschließlich die Aufgaben zur Prüfung und Umsetzung weiterer Formen interkommunaler Zusammenarbeit übertragen werden sollen. Dies ist für die Gründung einer solchen Anstalt notwendig. Weiter führt sie aus, dass zunächst keine weiteren Aufgaben übertragen werden und dass für die Übertragung weiterer Aufgaben die Stadtverordnetenversammlung zustimmen muss.

Die Ausschussmitglieder möchten den § 2 aus der Anlage 1 zu § 2 Abs. 2 a der Anstaltssatzung des Dienstleistungskompetenzzentrums Main-Kinzig- AöR (DKZ AöR) Tätigkeits- & Budgetvereinbarung für die Weiterentwicklung und Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit im Main-Kinzig-Kreis protokolliert haben.

In diesem heißt es:

„Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Übertragung der Aufgaben zur Prüfung und Umsetzung weiterer Formen interkommunaler Zusammenarbeit auf die DKZ AöR zu.“

Der o. g. Absatz ist in § 2 der Anlage 1 zu § 2 Abs. 2 a der Anstaltssatzung des Dienstleistungskompetenzzentrums Main-Kinzig- AöR (DKZ AöR) noch einmal genauer definiert.

Dort heißt es wie folgt:

„Die DKZ AöR führt für die beteiligten Anstaltsträger Unterstützungsleistungen bei der Prüfung und Umsetzung von Möglichkeiten weiterer Formen interkommunalen Zusammenarbeit durch. Die wesentlichen Aufgaben, die von der DKZ AöR im Auftrag der Anstaltsträger dabei erbracht werden, sind nachfolgend aufgeführt:

- 1) Laufendes Screening der Aufgabenbereiche der Anstaltsträger zur Identifikation neuer IKZ-Aufgabenbereiche.
- 2) Weitere Entwicklung der bereits identifizierten IKZ-Aufgabenbereiche bis zur Beschlussreife.
- 3) Identifikation der betroffenen Anstaltsträger und Generierung von Projektaufträgen zur Entwicklung und Umsetzung von IKZ-Aufgaben.
- 4) Antragstellung und Einwerbung von Fördermitteln
- 5) Projektmanagement bei der Vorbereitung, Beschlussfassung und Umsetzung von interkommunalen Aufgabenbereichen

Die Vorsitzende fragt nach weiteren Wortmeldungen aus dem Plenum. Darauf gibt es keine weiteren Reaktionen.

Daraufhin gibt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Abstimmung: bei 10 Ja-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD, CDU, BBB) und 1 Enthaltung (SPD) zur Annahme empfohlen

TOP 3.	DS-69/2024	Satzung über die Unterbringung von obdachlosen Personen 2024
--------	------------	--

Die Ausschussvorsitzende Lauterbach übergibt das Wort an Bürgermeisterin Braun.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass die Satzung über die Unterbringung von obdachlosen Personen angepasst werden soll. Die aktuelle Satzung besteht seit 1989, die Verhältnisse haben sich in den letzten Jahren sehr geändert.

Der Kirlweg 22 wurde seit längerer Zeit als Obdachlosenunterkunft genutzt. Aufgrund der baulichen Gegebenheiten kann dies nicht mehr weitergeführt werden. Aktuell mussten Obdachlose bereits im Camp untergebracht werden. Dies wird von der Verwaltung auch weiter priorisiert, da es gewisse Synergieeffekte gibt. Im Camp bereits vorhandenes Personal, wie auch der Sicherheitsdienst, kann ebenfalls für die Obdachlosenunterkünfte eingesetzt werden. Aus den o. g. Gründen bittet die Bürgermeisterin um die Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses.

Ausschussmitglied Woschek fragt zu Ziffer d) in der Begründung, ob im Gesamtkostenbeitrag in Höhe von 420,00 € Kosten für den Sicherheitsdienst enthalten und ob diese im vorherigen Gesamtkostenbeitrag von 480,00 € enthalten waren. Die Bürgermeisterin verneint dies.

Ausschussmitglied Ringel möchte wissen, weshalb eine gesonderte Abrechnung von Wärme, Wasser und Strom nicht stattfindet.

Bürgermeisterin Braun erörtert, dass die Nebenkosten nicht pro Person berechnet werden können, da mehrere Personen in einem Haus oder einem Container leben. Die sanitären Einrichtungen werden gemeinsam genutzt.

Weiterhin fragt Ausschussmitglied Ringel, ob es Ideen gibt, um die Menschen zum ressourcenschonenden Verbrauch anzuleiten.

Die Bürgermeisterin antwortet, dass die Mitarbeiter vor Ort die Personen schulen. Weiterhin wird versucht entsprechende Grundsätze im Unterricht zu vermitteln.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen lässt die Ausschussvorsitzende über den Tagesordnungspunkt abstimmen.

Abstimmung: einstimmig zur Annahme empfohlen

4.	Verschiedenes
----	---------------

Die Vorsitzende teilt mit, dass die Verwaltung keine Beiträge zu diesem TOP hat. Sie fragt nach Wortmeldungen aus dem Plenum- Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung um 21:45 Uhr

Katja Lauterbach  
Ausschussvorsitzende

Florian Jost  
Schriftführer

